

Kultur macht Europa

Plädoyer für eine aktivierende Kulturpolitik für Europa

Erklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Die Europäische Union steht vor großen Aufgaben. Sie muss demokratischer und effizienter werden, um in erheblich größerem Umfang die Zustimmung und aktive Unterstützung der Menschen in Europa zu gewinnen. Dazu gehört ein lebendiges Konzept von »citizenship«, das die Vielfalt aller in unseren Gesellschaften lebenden Menschen einschließt. Kulturpolitik kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten, wenn das Potenzial der Kultur wie der Kulturschaffenden erkannt und genutzt wird.

Die europäische Wirklichkeit wurde und wird von transnationalen Entwicklungen geprägt. Das gilt es zu akzeptieren und die damit verbundenen Herausforderungen anzunehmen. Um eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Globalisierung spielen zu können, müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten Maßstäbe setzen: friedlich, interkulturell, partnerschaftlich und fest in der Bewahrung rechts- wie sozialstaatlicher Standards und der Menschenrechte.

Kultur ist nicht homogen; sie ist nur lebendig in Konsens und Widerspruch, Tradition und Innovation, Erinnerung und Zukunftsentwurf. Europa lebt von einer offenen und dynamischen kulturellen Identität. Dies schließt die schon immer transnationale Kunst ebenso ein wie die über alle Grenzen hinweg wirkende Kooperation bei Kultur, Bildung und Medien. Das alles stärkt die Akzeptanz des europäischen Projekts in den europäischen Gesellschaften und Staaten.

Kultur macht Europa – Grundlagen einer aktivierenden Kulturpolitik

Die Kommission der Europäischen Union hat am 10. Mai 2007 eine neue »Mitteilung über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« veröffentlicht. Hervorzuheben sind die von der Kommission betonte besondere Rolle der Kultur im interkulturellen Dialog und als Element der internationalen Beziehungen und die Öffnung gegenüber den zivilgesellschaftlichen Akteuren als Partner bei der Umsetzung der europäischen Kulturpolitik. Wir begrüßen diese Initiative und sehen darin einen wichtigen Beitrag für eine aktivierende Kulturpolitik für Europa.

Wir begreifen die angebotene Zusammenarbeit als Anstoß für eine intensive Debatte. Wir wollen mithelfen, die europäische Kulturpolitik neu zu formulieren. Dabei gehen wir von folgenden Grundannahmen aus:

Eine aktivierende und nachhaltig wirksame Kulturpolitik für Europa ist nur dann möglich, wenn alle politischen Ebenen entsprechend ihren Kompetenzen beteiligt sind und im Sinne eines kooperativen europäischen Kulturföderalismus konstruktiv zu-

sammenwirken. Gemeinsam erarbeitete europäische Rahmenbedingungen sollten die kulturpolitische Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten, Länder/Regionen und Kommunen entsprechend ergänzen. Kultur, Demokratie und Öffentlichkeit gehören zusammen: ohne Öffentlichkeit keine Zivilgesellschaft – ohne Zivilgesellschaft keine Demokratie. Die erforderliche Demokratisierung der Europäischen Union kann nur durch die Stärkung der Zivilgesellschaft und den Aufbau einer übergreifenden europäischen Öffentlichkeit gelingen.

Kultur ist nicht in erster Linie Ware oder marktgängige Dienstleistung, sondern ein öffentliches Gut, das es durch geeignete Maßnahmen zu schützen gilt. Eine konsequente Umsetzung des »UNESCO-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen« ist dafür die Voraussetzung.

Auch wenn kulturelle und künstlerische Vielfalt nicht durch den Markt allein gewährleistet wird, kann sie ohne Markt nicht bestehen. Europäische Kulturpolitik muss daher nicht nur die Künste fördern, sondern auch geeignete Rahmenbedingungen für die Kultur-/Kreativ-Wirtschaft schaffen. Es gilt, das spannungsreiche Verhältnis zwischen Staat, Markt und Gesellschaft auf allen Ebenen, der europäischen wie der globalen, auszutarieren.

Europa macht Kultur – Rahmenbedingungen und Voraussetzungen

Die Europäische Union ist ein bedeutender und in jeder Hinsicht wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Kulturraum. Zur globalen Wettbewerbsfähigkeit gehört es, die kulturellen Potenziale und die kreativen Kräfte der Bürger zu nutzen und zur Entfaltung zu bringen. Dazu bedarf es neben der direkten Kulturförderung eines kulturfrendlichen Rechtsrahmens, der die sozialen Standards für Künstler und Kreative sichert und den besonderen Arbeitsbedingungen in den kleinteiligen Strukturen der Kultur-/Kreativwirtschaft angemessen ist. Europäische Politik muss für ein Gleichgewicht der Kräfte sorgen: Etwa durch ein *Urheberrecht*, das nicht nur Unternehmen, sondern auch den ausübenden Künstlerinnen und Künstlern eine angemessene Vergütung sichert. Etwa durch ein *Medienrecht*, welches das elektronische duale Mediensystem technikunabhängig definiert, sich vor allem an Inhalten und nicht nur an der neuen Vielfalt der digitalen Vertriebswege orientiert.

Bereits seit 1992 ist im EU-Vertrag festgeschrieben, dass die Europäische Gemeinschaft den Auswirkungen all ihrer Aktivitäten auf Kultur und Kulturpolitik Rechnung

tragen soll. Europa muss diesem selbst gesetzten Anspruch gerecht werden: Die Bedeutung des kulturellen Schaffens und der kulturellen Praxis für die gesellschaftliche Entwicklung in Europa, für Innovation und Kreativität, für Wachstum und Beschäftigung, für Integration und inneren Zusammenhalt, Sicherheit und Frieden in Europa und in der Welt muss angemessen beachtet werden, die Entscheidungen aller Politikbereiche sind auf ihre Auswirkungen für die Entwicklung der kulturellen Vielfalt in Europa zu prüfen.

Europäische Werte wie die Anerkennung der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit, die Versammlungs- und Redefreiheit werden im transnationalen Kulturaustausch, im interkulturellen Dialog und in der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten der EU und Drittländern weitergegeben und befördern so Toleranz und Akzeptanz der kulturellen Differenz zwischen den Völkern der Welt. Um die Maßnahmen effizienter und transparenter zu gestalten, bedarf es einer besseren Koordinierung und eine Beteiligung der kulturellen Zivilgesellschaft. Dazu müssen neue Formen der Arbeitsteilung zwischen der politischen Ebene und den zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickelt werden (Armlängenprinzip). Eine solche Kooperation wird der Heterogenität des kulturellen Sektors konzeptionell und operativ besser gerecht als eine zentralisierte Projektsteuerung. Eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Europarat kann der Implementierung einer komplementären europäischen Kulturpolitik nur nützen. Um diese kulturpolitischen Ansätze auf europäischer Ebene zu entwickeln, bedarf es ebenso wie in den Mitgliedsstaaten qualifizierender Ressourcen (Forschung, Dokumentation, Statistik, Monitoring) so wie lebendiger Konsultationsprozesse.

Das Budget, das die EU bisher für ihr Kern-Kulturprogramm zur Verfügung hat, ist angesichts der Bedeutung der Kultur unangemessen und behindert eine zielgerichtete und komplementäre Förderpolitik. Die Revision des Rahmenbudgets im Jahre 2009 muss zum Ziel haben, relevante Umschichtungen für diesen Zukunftsbereich zu sichern.

Europa macht Kultur – Programme und Arbeitsbereiche

Kulturhauptstadt Europas. Das Projekt ist ein Erfolgsmodell: Als Laboratorium für ein Europa von unten setzt die Kulturhauptstadt Impulse für eine nachhaltige kulturgeprägte Stadtentwicklung und die Nutzung kultureller Instrumente als Motor und Ressource gesellschaftlicher Entwicklungen in europäischen und weltweiten Dimensionen. Der Dialog der ehemaligen und zukünftigen Kulturhauptstädte ist auszubauen. Die Auswertung, Nutzbarmachung und Übertragung von best practices auf andere Städte ist sinnvoll in mehrfa-



Moderiert von Prof. Dr. Hansjürgen Rosenbauer (Medienrat Berlin-Brandenburg) begrüßen die Gastgeber Dr. Irina Mohr (Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin), Prof. Dr. Oliver Scheytt (Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.) und Thomas Krüger (Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung) die Kongress Teilnehmer. (Foto: Joachim Liebe)

cher Hinsicht: für die Erarbeitung einer »Grammatik« für kulturelle Stadtentwicklung ebenso wie für die Schaffung eines Bewusstseins der Bedeutung von Kultur für die Stadt- und Regionalentwicklung in Europa.

Städte und internationaler Dialog. Die europäische Stadtkultur lebt seit jeher von Mischung und Interaktion. Dieses Leitbild »europäische Stadt« ist im Spannungsfeld zwischen »abendländischen Kulturtraditionen« und einer hybriden »Urban Culture« aus europäischen und globalen Einflüssen weiter zu entwickeln. Kommunale Kulturpolitik bietet sich hier als *das* Experimentierfeld einer neuen *Diversität* an. Die europäische Kulturpolitik muss sich dieser Aufgabe stärker bewusst werden und aktiv den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit den europäischen Städten suchen. Das »Jahr des interkulturellen Dialogs« (2008) sollte dafür offensiv genutzt werden.

Europäische Erinnerungskultur. Die europäische Erinnerungskultur wird noch weitgehend von den nationalen Mythen und ihren Prägungen bestimmt. Notwendig ist die Entwicklung eines europäischen Geschichtsbewusstseins, in dem das gesamte Spektrum der historischen Prozesse in über tausend Jahren in Europa in den Blick genommen wird. Zur Kulturpolitik gehört eine Erinnerungspolitik, die sich an Fakten orientiert und deren Maßstab die Beachtung der Menschenrechte in der jeweiligen Epoche ist. Sie berücksichtigt die Ungleichzeitigkeit der gesellschaftlichen Entwicklungen und thematisiert die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts ohne Tabus. Neben der Aufarbeitung des Holocaust bildet dabei die Untersuchung und Aufklärung der Verbrechen und des Unrechts totalitärer Regime einen Schwerpunkt.

Kulturförderung effektiver gestalten. Die Kulturförderung der Europäischen Union durch das KULTUR-Programm (2007–2013) hat sich im Prinzip bewährt. Sie ist jedoch finanziell viel zu gering ausgestattet und konzeptionell noch nicht ausgereift. Um die Wirksam-

keit der Förderpolitik zu erhöhen, bedarf es der Einrichtung von Fonds zur Abfederung finanzieller Risiken (ggf. auf nationaler Ebene), um vor allem kleineren Organisationen die Antragstellung zu ermöglichen. Die Informationsbüros (Cultural Contact Points) sollten in ihrer Arbeit besser unterstützt werden.

Mobilität fördern. Trotz vieler Fortschritte im Detail ist die Bewegungsfreiheit der Künstlerinnen und Künstler, Kulturarbeiter und Kunstwerke in Europa immer noch eingeschränkt. Anreize für Projektentwicklungen, Kooperation und Koproduktion insbesondere für junge Talente sind kaum vorhanden. Deshalb müssen die Rahmen- und Förderbedingungen für die transnationale Arbeit und die Kooperation von Künstlern und Kreativen dringend reformiert werden. Sinnvoll ist der Ausbau der Förderung des Kulturaustausches in allen seinen Facetten (z.B. durch nationale und europäische Mobilitätsfonds), die Schaffung eines europäischen kulturellen Mobilitätsprogramms, Verbesserungen bei Visa-Bestimmungen, der Arbeitserlaubnis, dem Urheberrecht und dem Einwanderungsrecht sowie dem Steuer- und Sozialversicherungsrecht.



Das Kongressteam

Kultur/Kreativwirtschaft. Die Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft gelten als Wachstumsbranchen mit großem Arbeitsplatzpotential. Sie sind Teil des künftigen wissensbasierten europäischen Wirtschaftsraums und zugleich Produzenten eines wesentlichen Teils der europäischen Kultur. Eine nachhaltige Kulturpolitik muss ihren kleinteiligen Strukturen im Kontext einer integrierten Wirtschafts-, Rechts-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik Rechnung tragen und insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen fördern, um Kreativität und Arbeitsplätze garantieren zu können.

Europäische Öffentlichkeit. Die Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Demokratisierung der europäischen Gemeinschaft. Bisher wird »Öffentlichkeit« wesentlich im und für den nationalen Rahmen hergestellt. Deshalb sind weiterhin Projekte zu fördern, die grenzüberschreitend über europäische Debatten berichten und Informationen europaweit verbreiten. Sinnvoll ist deshalb die Unterstützung bereits existierender virtueller Medienforen von europäischer Bedeutung ebenso wie

die Förderung der europäischen Zusammenarbeit im Journalismus und der Ausbau von Internet-Portalen, die die europäische Kulturkooperation durch Information und Service fördern.

Raum, Region, Kultur. Kultur manifestiert sich nicht zuletzt im Raum. Die Regionen müssen in die Lage versetzt werden, die eigenen »Begabungen«, ihr »territoriales Kapital« zu erkennen und ihr Profil entwickeln zu können, um sich in Europa besser darstellen und positionieren zu können. Den Strukturfonds und dem Landwirtschaftsfonds der EU liegen Ansätze für integrierte Entwicklungsstrategien zugrunde. Die darin formulierten kulturpolitischen Optionen sollten von den Mitgliedsstaaten effektiver genutzt werden. Sinnvoll wäre es, die Informationen über die Strukturfonds für den Kultursektor aufzubereiten, um den Zugang für kulturelle Akteure zu verbessern.

Europäisches Kulturforum. Die Bedeutung des kulturellen und kreativen Sektors in der Europäischen Gemeinschaft wächst. Bisher fehlt eine Plattform für den kontinuierlichen Austausch der daran beteiligten Verbände, Initiativen und Einrichtungen (»Stakeholder«) mit den europäischen Institutionen. Ein Europäisches Kulturforum kann den Austausch von Argumenten zur kulturpolitischen Perspektive über den Kulturlobbyismus hinaus initiieren. Wünschenswert ist daher die Einrichtung einer europäischen kulturpolitischen Plattform sowie die Unterstützung bereits existierender zivilgesellschaftlicher Organisationen und Verbände.

Die kulturellen Außenbeziehungen Europas. Der »europäische Mehrwert«, den kulturelle Projekte und Begegnungen für die Außenpolitik der Europäischen Union schaffen, kann nicht hoch genug angesetzt werden. Der Kulturaustausch der Europäischen Gemeinschaft mit Drittländern muss deshalb ebenso gestärkt werden wie die kulturelle Komponente der EU-Außenpolitik. Wünschenswert ist die Unterstützung bereits existierender Plattformen für eine strukturierte Zusammenarbeit der europäischen Institutionen im Bereich einer kulturellen Außenpolitik, die verbesserte Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren sowie die Förderung konkreter Koordinationsformen. Die geplante Einrichtung eines EU-AKP-Kulturfonds ist zu begrüßen.

Wir sind überzeugt: Ohne eine aktivierende und nachhaltige Kulturpolitik wird Europa weder die internen noch die externen Schwierigkeiten bewältigen. Neben der kulturpolitischen Praxis bedarf es auch einer fortlaufenden Debatte, in der die kulturpolitischen Argumente und Vorschläge auf den Prüfstand gestellt werden. Der vierte Kulturpolitische Bundeskongress »kultur.macht.europa – europa.macht.kultur« am 7./8. Juni 2007 in Berlin ist ein Schritt hin zu einer solchen strategisch ausgerichteten und nachhaltigen Kulturpolitik für Europa. Wir sind guten Mutes, dass der Stein, den wir ins Wasser werfen, weite Kreise ziehen wird.

Bonn/Berlin, 7. Juni 2007